

Delegierter ist mitgeteilt worden, daß wenn die Rückbandstappen in Deutschland einrücken gezwungen würden, sie nicht mehr zurückgeben würden. Lediglich dies würden die Friedensbedingungen nach Wiedererrichtung der Reichsregierung wesentlich verschärfert werden.

Nach einer Meldung des „Kauchober Warbin“ sind die in den letzten Tagen aus englischen Häfen nach dem Festland ausgeladenen Kampfmittel mit 2000000000 in die Witzemünde zurückgeschickt worden, um zunächst die Annahme des Friedensvertrags abzuwarten.

Trotz der Hungerbedrohung soll also der „Süßwarenverweigerer“ erzwungen werden, Glauben an seine eigene Macht mit solchen Mitteln zu setzen zu schaffen, das nur dem Verzicht der Weltanschauung beschieden wird. Je schlimmer sie es treiben, desto schneller wird die Abrechnung kommen.

Was geht vor?

Berlin, 1. Juni. Die Oberste Deutscherklärung hat am 21. Mai eine Kundgebung erlassen, um ein klares Bild darüber zu bekommen, wie die Bevölkerung zu einer etwaigen Wiederannahme des Krieges steht. Am selben Tage, als die Reichsregierung das neue Kennzeichen nämlich am 27. Mai telegraphisch an die Oberste Deutscherklärung:

„Inwieweit der Obersten Deutscherklärung vom 21. Mai 1919 betreffend Zeitraum der Bevölkerung wegen etwaiger Wiederannahme des Krieges wird von der Reichsregierung nicht gebilligt. Reichsregierung erlaubt, Anfrage und Beantwortung sofort abzuheften, da sie als politisch anzusehen und daher nicht Kennzeichen der Tätigkeit der Obersten Deutscherklärung in Anspruch nehmen.“

Es auf die Oberste Deutscherklärung am 20. Mai beantwortet:

„Demnach telegraphischer Anordnung der Reichsregierung ist die Kundgebung vom 21. Mai eingeleitet worden.“

Ich bitte, es dankbar beachten, wenn mir vor dieser Meinung Gelegenheit gegeben wäre, dem Weltweit meine Gründe für die Umfrage darzulegen. Alle alle Fälle stehen und sichere Unterlagen für Entscheidung zu schaffen, wie die D. S. V. von der Reichsregierung gestellt werden kann, was der Hauptgrund der Umfrage. Daneben hat aber noch ein anderer Grund zu berücksichtigen. Nach Bekanntwerden der Friedensbedingungen ist der Herr Generalstabsschaffner mit telegraphischen, schriftlichen und mündlichen Anfragen, Befehlen und Kundgebungen über die Übermittlung worden, aus denen ein oberflächlicher Beobachter leicht den Eindruck gewinnen könnte, ob es Fall und Ort zum Kampf sehr ernsthaften Maß und diesen Kampf auch gegen den Willen der Reichsregierung aufzuheben würden. Ja, es geht so weit, daß der D. S. V. als manchen strengen Mangel an Entschlossenheit und nationaler Einheit zu bemerken wurde. Unter diesen Umständen mußte ich selbstverständlich einen unerschütterlichen Stand über die Lage zu gewinnen, um einerseits auf die ständige beruhigend einwirken zu können und andererseits unerschütterlich unterstützen zu erhalten, um die in absehbarer Zeit mit Sicherheit zu erwartenden Angriffe der Presse und öffentlichen Meinung mit schlagendem Beweismaterial abzuwehren zu können.“

Die Oberste Deutscherklärung hatte also, obwohl die Reichsregierung die Absicht, beruhigend zu wirken und die politische Politik des Krieges nicht durch Einkäufe heraus zu lassen. Die Reichsregierung hat auf den immer noch unentschieden und die Heberzeugungskraft über Gegenwertigkeiten, nicht auf eine Erzeugung des Bewusstseins von unsrer Seite. Dabei wird es aber über das dauernde Bemühen sein, die Sicherungsaufgaben in den Krisenmomenten in keiner Weise vernachlässigen zu lassen.

Die vorliegende Meldung bezieht in ihrem Gehalte durchaus der Auffassung. Sie ist vom W. B. aus Berlin veröffentlicht, jedoch man den Schluss ziehen muß, daß die Reichsregierung selber die Zustimmung dieser Meldung gebilligt hat. Dennoch aber hat man den Eindruck, daß eine Einmütigkeit der Ansicht zwischen der Reichsregierung und der Obersten Deutscherklärung nicht besteht.

Zur Auslösung der rheinischen Republik.

Berlin, 3. Juni. Der Ministerpräsident hat vor dem Reichstag eine gewisse Dr. Daxler eine Debatte gehalten, in der im Auftrag der vorläufigen Reichsregierung der rheinischen Republik der Präsidenten von der erfolgten Proklamierung der rheinischen Republik Kenntnis gegeben wird. Die Debatte teilt weiter mit, daß dem Präsidenten der Reichsregierung in Versailles und den Parteivorsitzenden der alliierten Mächte gleichfalls die Proklamierung mitgeteilt und die Erlaubnis zur sofortigen Voranfrage von Wahlen zur rheinischen Landesversammlung sowie Inanspruchnahme von Vertretern der Republik zur Friedenskonferenz beantragt wird. Der nächste Antrag ist an den Ministerpräsidenten des Reiches gestellt.

Auf diese Angelegenheit bezieht sich die Regierung eine Erklärung, in der es heißt: Die Regierung hat auf diese reichsgefährdenden Bestrebungen nur eine Antwort, die bei den Oberrechten unmissverständlich angedeutet, gegen Herrn Daxler und die rheinischen Mitglieder der von ihm geleiteten rheinischen Republik der Reichsregierung, welche die Herrschaft zu erlangen. Unterhandlungen darüber sind voll und ganz abgelehnt. Die rheinische Landesregierung und die Landesparlamentarier sind nach wie vor die einzigen Träger der rechtmäßigen Gewalt.

In allen Großstädten der Reichsregierung sind bedeutende Kundgebungen für das Teutonium und gegen die schändliche Republik veranstaltet, in welchen in Ruhe und Ordnung, hier hat als das Vorbild nach keine so verheerende Wirkung gehabt, auch die rheinischen Rheinländer sind gegen die Proklamierung. Wohlstand doch ist natürlich über die gesamte Reichsregierung verbreitet. Er hat auf die Reichsregierung der deutschen Waffenstillstandskommission über die verfassungsmäßigen politischen Einwirkungen der rheinischen Mitglieder der Reichsregierung mit der Reichsregierung in der Reichsregierung. Während der ganzen Dauer des Krieges hätten allein die militärischen Behörden die Kenntnis zu besitzen, ob die Truppen der Reichsregierung sind oder nicht. Infolgedessen kann der Einbruch der deutschen Waffenstillstandskommission nicht entgangen sein.

In Köln und Mainz wird zum politischen Kommando gegen die Auslösung der Republik angekündigt. In einem Falle am Sonntag vormittags 11 Uhr die rheinische Republik von Dr. Daxler und seinen Helfern auszusprechen werden. Die Polizei hat sich auf die Landesbehörden und bereitete sie. Eine Abordnung der Reichsregierung, die dem Reichsministerpräsidenten von Winterstein die Erklärung über die Konstituierung der rheinischen Republik überreichte, konnte nur im Schutze der französischen Garde durchkommen, die mit der Vollmacht wollte durchzuführen an ihnen zu lassen.

Deutsches Reich

Berlin. (Neue Notizen.) Von der Waffenstillstandskommission wird eine Note vorbereitet, über die Stellungnahme der Truppen im Osten. Sie wird sehr ausführlich ausfallen und unter anderem die eingewonnenen Standpunkte aufrechterhalten. Die deutsche Regierung ist also nicht gewillt, die deutschen Truppen zu einer Polizeitruppe herabzuwürdigen, die lediglich nach den Befehlen der Entente das Land zu besetzen oder zu räumen hat.

— (Der Kaiser und die Feinde.) Der Berliner Korrespondent der „Daily Mail“ meldet: Der Führer der Unabhängigen, Quast, habe ihm erklärt: Wenn ich die heutige deutsche Regierung erzwungen wäre, die Friedensbedingungen zu unterzeichnen, und wenn die Alliierten dann einmütigen, werden die Unabhängigen sofort einen Versuch machen, die Regierung zum Rücktritt zu zwingen und eine neue Regierung bilden, die unterzeichnet wird. Aber ich erwarte dem Frieden in 14 Tagen. — Dieses maßlose Verstehen an Deutschlands Zukunft halten wir Herrn Quast nicht für richtig und erwarten, daß er diese Ausstellungen der „Daily Mail“ dementiert.

— (Die Sozialdemokratie Oberschlesiens will deutsch bleiben.) Die sozialdemokratische Partei der sozialdemokratischen Partei nahm zur Sozialdemokratie eine Entschlossenheit an, in welcher es heißt: „Die heute in Katowitz tagende ober-schlesische Sozialdemokratische Partei Deutschlands erhebt im Namen von 216000 Wählern den dringenden Einspruch gegen den Besatzungsbescheid, welcher dem deutschen Volk aufzuzwingen werden soll. Insbesondere stellt der Parteitag einmütig fest, daß der Anschluss an Polen für die ober-schlesische Arbeiterschaft schädlich und nachteilig ist. Die Partei fordert, neue Verhandlungen zu der abgelehnten Kapitulation zu beantragen. Von der Reichsregierung erwartet der Parteitag, daß sie alles tun wird, um das weitere Verbleiben Oberschlesiens bei der deutschen Republik zu erreichen und sie bei diesen Verhandlungen zu unterstützen.“

— (Franken, Württemberg in Polen.) Nach den letzten Nachrichten aus Polen wurden die Jahrgänge 1895 bis 1900 eingezogen. Die Jahrgänge 1891 bis 1901 sind in der Einziehung begriffen, und auch diese müssen auf die Nationalität. Das Experiment Franken; fordert die Deutschen in Westpreußen auf, die Regierung in ihren Bestrebungen, Westpreußen dem Reich zu erhalten, zu unterstützen, damit die Deutschen nicht als nationaler Feind für polenisiert werden. Die deutsche Regierung wird gebeten, die Deutschen nicht als nationaler Feind für polenisiert werden. Die deutsche Regierung wird gebeten, die Deutschen nicht als nationaler Feind für polenisiert werden.

— (Schwere Verurteilungen gegen Regierungstruppen.) In Ostpreußen kam es zu schweren Ausschreitungen gegen die Regierungstruppen. Eine Abteilung der deutschen Reichswehr wurde vorübergehend in Ostpreußen stationiert. In gleicher Zeit fand eine Verhaftung der Unabhängigen statt. Hierbei verurteilte die Reichsregierung die Regierungstruppen. In Ostpreußen kam es zu schweren Ausschreitungen gegen die Regierungstruppen. Eine Abteilung der deutschen Reichswehr wurde vorübergehend in Ostpreußen stationiert. In gleicher Zeit fand eine Verhaftung der Unabhängigen statt. Hierbei verurteilte die Reichsregierung die Regierungstruppen.

— (Dr. Stresemann über die deutschen Gegen-vorschläge.) Auf dem Braunschweiger Landesparlament der deutschen Volkspartei bemängelte Dr. Stresemann, daß die Gegen-vorschläge der deutschen Friedenskommission vor der Ueberreichung in Versailles nur oberflächlich zur Kenntnis des Friedens-ausschusses der Nationalversammlung gekommen sind. Ihn seien diese Gegen-vorschläge in einigen Punkten nicht mit dem ursprünglichen Geiste übereinstimmend. Er habe sich mit dem ursprünglichen Geiste übereinstimmend. Er habe sich mit dem ursprünglichen Geiste übereinstimmend.

Durch fremde Schuld.

Roman von Fritz Brentano.

42 **Nachdruck verboten**

„Ach! das Mädchen etwas enttäuscht.“
„Wie nicht?“ Wenn sie gar nichts gewonnen hätten, hätten sie gesagt „Ach!“ — Ich sag Ihnen, handverwandte Frau! — Vermögen! Es ist von mir erhalten worden! — Wir haben jetzt einen! Ich bin zufrieden mit der Summe! Ich werde mir ihr erlösen ein Grundstück bei der Reichsregierung. Vollständig ist die Sache! Man kann nicht wissen — bei die Zeiten. Ra. Mutter! Hört, was ich Ihnen sage.“
„Nehmt! Ich dank dem lieben Gott für des Glück!“ antwortete die Alte.
„Danken Sie ihm schon selbst nicht?“ meinte die Schöne. „Was braucht der liebe Gott zu wissen, daß Sie werden in eine verbotene Kaserne.“
„Ne, Alte, zu verbot ist gar nichts!“ sprach Metten zu seiner Frau.
„Dum! Ich habe hat nicht so ganz unecht. Es hätte ich schon ein Leben mehr sein können.“
„Du bist sehr bescheiden“, lachte Metten. „Sei doch gemüthlich, Metten!“
„Ach, andere machen einen Hauptkoffer!“
„Kommt vor, aber wir sind doch nicht die anderen.“

Alle lachten, Kolbe aber wandte sich zu Wite und flüsterte ihr zu: „Wite, nun geht es hinüber!“
„Wahrscheinlich!“ sagte die Witwe, ihm die Hand haltend, die er trüglicherweise.
„Ja — so schnell wie möglich!“
Die förmliche Stimmung der Anwesenden wurde durch den Eintritt eines neuen Gastes zerstört, der seinen Anblick eine peinliche Baise in der eben nach so belebten Unterhaltung eintrat.
Es war Metten, die seit Monaten zum ersten Male wieder in dem Hause erschien, in dem sie so lange Jahre glücklich lebte, bis sie die Folgen des geschicklichen Lebens hinübertragen in den Raum der Genußsucht und — Schande.
„Guten Tag, beinahe“, sprach sie, mit einem frechen Blick die Anwesenden mustend.
„Was willst Du hier?“ fragte Metten, Du hast hier nichts mehr zu suchen.“
„Doch, ich habe mit Dir zu reden. Komm näher, ich danke.“
Metten sah sie förmlich von oben bis unten an.
„Wahrscheinlich“, sagte er. „Du brauchst nur zu befehlen! Ich aber will nicht! Wenn Du mit etwas Unmöglichem zu sagen hast, so sag es hier! Ich habe keine Verpflichtung mit Deinesgleichen.“
„Du fährst dich wohl vor mir?“ fragte sie, unerschrocken.
„Doch, ich!“ sprach Metten auf, doch er be-

traug sich und antwortete mit etwas anderer Ruhe: „Nicht? Es hat in keine Zeitgarde nicht bei Dir — die Kofferträger!“
„So ist es?“ lachte Metten.
„Ach, sie, Wite!“ meinte Frau Metten.
„Sie soll Metten in Ruhe lassen — er ist mitkommen jenseit!“
„Wahrscheinlich!“ sagte Metten zu Metten. „Was willst Du?“
„Metten!“ sprach diese nach kurzem Kampf. „Metten ist der Feind in Wite!“
„Ach, Du bist wohl, den hätte ich doch nicht. Wite hat nach jedem Tag daran erinnert“, antwortete die Alte, auf seinen Arm deutend.
„Metten!“ fuhr sie fort, Metten ist mein Bekannter — ich habe ihn gekannt und er ist auch nicht so schlecht, wie ich ihn mache! Wir wollen heiraten.“
„Denn ich will nicht!“ lachte Metten hell auf.
„Das ist ja so schön! Und mit was denn? Was hast Du denn?“
„Das ist meine Sache“, entgegnete sie ruhig. „Aber ich will nicht, daß er morgen bestraft wird wegen meines eigenen Bats, ich will's nicht — aber Du? Und warum sollst Du gutes Wort bei Metten für ihn einlegen — er ist ja unschuldig — Metten hat das andere — und ich habe ihm verschrieben, Dich darum zu bitten — und Du mußt es tun — Du mußt!“